

## Kommentare

Zur Flüchtlingstragödie

## In Afrika engagieren

Von unserem Berliner Korrespondenten  
ANDREAS HERHOLZ

Gerade erst hatte Papst Franziskus Blumenkränze ins Meer gleiten lassen als Zeichen der Trauer und Erinnerung an die vielen Opfer des Massengrabes Mittelmeer. Schon gibt es neuen Schmerz, eine weitere Katastrophe, die Menschen, bei dem Versuch in eine bessere Welt zu gelangen, ihr Leben gekostet hat. Hunderte sollen ertrunken sein bei einem weiteren Bootsunglück auf hoher See.

Weitere Flüchtlingstragödien werden folgen. Der Pakt der EU mit der Türkei, die Schließung der Balkanroute und die Sicherung der EU-Außengrenzen wird dazu führen, dass sich Flüchtlinge auf andere, gefährlichere Routen begeben und dabei noch größere Risiken in Kauf nehmen werden. Nicht nur aus den Krisengebieten im Nahen Osten werden sich weiterhin Menschen auf den Weg machen. In Afrika sitzen Hunderttausende auf gepackten Koffern. Selbstverständlich gilt es, dort wo dies möglich ist, mit afrikanischen Regierungen Vereinbarungen zu treffen, um Grenzen zu sichern und eine Massenflucht zu verhindern.

Ein EU-Afrika-Pakt kann aber nur eine Notlösung sein, um die aktuelle Situation zu entschärfen. Ohne eine umfassende Bekämpfung der Fluchtursachen wird es keine nachhaltige und wirksame Lösung der Flüchtlingskrise geben. Dazu gehören langfristige diplomatische Initiativen auf dem Nachbarkontinent, stärkere humanitäre Hilfe und der Aufbau funktionierender Strukturen, um den Menschen eine Zukunftsperspektive zu geben.

Zur Pflege-Skandal

## Fehler liegt im System

Von unserem Berliner Korrespondenten  
RASMUS BUCHSTEINER

Immer neue Vorwürfe, immer neue Berichte über Unregelmäßigkeiten und Abrechnungsbetrug – der Pflege-Skandal weitet sich aus. In vielen Städten laufen bereits Ermittlungsverfahren. Doch deutet einiges darauf hin, dass bisher nur die Spitze des Eisbergs zu erkennen ist.

Der Fehler liegt im System. Zwar wird wohl nirgendwo in Deutschland so viel dokumentiert und notiert wie im Gesundheitswesen und im Pflegesektor. Doch Papier ist geduldig. Wer kriminellen Geschäftemachern das Handwerk legen will, muss unangekündigt überprüfen können, was genauso sie abrechnen und ob die Leistungen auch erbracht werden. Der Betrug geschieht im Verborgenen, denn die Pflegeleistungen werden in der Wohnung der Patienten erbracht – dort, wo die Kontrolleure des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen nach jetziger Rechtslage nur in begründeten Verdachtsfällen hindürfen. Kriminelle, die ambulante Pflegedienste missbrauchen, müssen bisher kaum fürchten, auf frischer Tat ertappt zu werden.

Bei dieser speziellen Form organisierter Kriminalität geht es um womöglich milliardenschweren Betrug und in manchen Fällen auch um das Leben von Patienten. Das verlangt nicht nur konsequente Ermittlungen und eine harte Antwort des Rechtsstaats, sondern auch politische Konsequenzen. Einige sinnvolle Vorschläge der Kassen für verschärfte Kontrollbefugnisse liegen bereits auf dem Tisch.

## Ausland

## Syrien-Gespräche in der Krise

Genf (dpa). Aus Protest gegen den Bruch der Waffenruhe nimmt Syriens Opposition vorerst nicht mehr offiziell an den Friedensgesprächen in Genf teil, bleibt aber am Verhandlungsort. Das Hohe Verhandlungskomitee der Regimegegner (HNC) habe nach einer mehrstündigen Sitzung den Entschluss gefasst, die Verhandlungen zu vertagen, erklärte gestern Oppositionssprecher Riad Nassan Agha. UN-Vermittler Staffan de Mistura sagte jedoch, er wolle sich in Genf außerhalb des UN-Gebäudes weiter mit der Opposition treffen.

## Spanien steht vor Neuwahlen

Saragossa (dpa). Die spanische Linkspartei Podemos wird einem Bündnis von Sozialisten und Liberalen im Parlament nicht zu einer Mehrheit verhelfen. Die Mitglieder und eingeschriebenen Anhänger der Partei billigten mit großer Mehrheit den von Podemos-Chef Pablo Iglesias eingeschlagenen Kurs. Bei einer Befragung lehnten 88,2 Prozent der Teilnehmer die Unterstützung eines Mitte-Links-Bündnisses ab. An Neuwahlen führt nun kaum noch ein Weg vorbei.

## Schulpolitik

## Debatte um Turbo-Abitur gewinnt erneut an Fahrt

Düsseldorf (Inw). Lässt eine neue Eltern-Umfrage die Turbo-Abitur-Debatte wieder aufflammen? Das Votum einer am Wochenende vorgestellten Umfrage der Landeselternschaft der Gymnasien in NRW war jedenfalls eindeutig: In einer Onlinebefragung sprachen sich 88 Prozent der Eltern für eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium aus. Ausgewertet wurden 26 400 Fragebögen. Einige Eltern wurden auch postalisch befragt: Dabei waren 79 Prozent für G9.

„Die Landesregierung kann an diesem Votum nicht vorbeigehen“, sagte Dieter Cohnen vom Vorstand der Landeselternschaft. Will sie offenbar auch nicht: „Ich nehme natürlich jegliche Rückmeldung sehr ernst“, sagte NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann

(Grüne) gestern. „Ich meine, dass wir in Ruhe mit der Situation umgehen, dass wir gleichzeitig aber auch den gemeinsam besprochenen und verabredeten Weg für die Schülerinnen und Schüler optimieren, die jetzt in den Schulen sind.“ Schnellschüsse wären jetzt kontraproduktiv.

Nach starker Kritik an Überlastung der Schüler und zu wenig Freizeit hatte Löhrmann 2014 einen „Runden Tisch“ einberufen. In dem Gremium waren alle für das Gymnasium relevanten Verbände und Gruppierungen vertreten. Mit großer Mehrheit sprach sich der Arbeitskreis für die Beibehaltung des achtjährigen Gymnasiums aus, empfahl aber Entlastungen für die Schüler. Die Neuregelungen traten zum laufenden Schuljahr in Kraft. Begrenzt werden sollen etwa Hausaufgaben, Nachmittags-

unterricht und die Zahl der wöchentlichen Klassenarbeiten.

„Die Hoffnung der Schulministerin, das Thema mit Hilfe des Runden Tisches zu befrieden, ist gescheitert“, kommentierte der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) NRW, Udo Beckmann, die Umfrageergebnisse. Die Empfehlungen dieses Gremiums nähmen den Eltern offenbar nicht die Sorgen um eine Überforderung der Kinder. Der VBE wiederholte seine Forderung nach einer Verlängerung der Sekundarstufe I auf sechs Jahre.

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW, Dorothea Schäfer, kritisierte die Umfrage: „Es ist der falsche Zeitpunkt, das Fass jetzt wieder aufzumachen“, sagte sie. Die geplanten Entlastungen bräuchten auch Zeit.



Genügen acht Jahre am Gymnasium, um das Abitur zu machen – oder sollten es wieder neun sein? Die große Mehrheit der Eltern in NRW wünscht offenbar eine Rückkehr zum G9. Bild: dpa

## Verband: Ausfall-Statistiken beschönigen

Berlin (dpa). Der Deutsche Philologenverband appelliert an die Länder, massiven Stundenausfall aufgrund von Lehrermangel nicht länger statistisch zu verschleiern. „Das Thema ist nach wie vor heiß an den Schulen“, sagte der Vorsitzende der Gymnasiallehrergewerkschaft, Heinz-Peter Meidinger. Sein Eindruck sei, dass viele Länder „gar nicht so genau wissen“ wollen, wie viel Unter-

richt tatsächlich komplett ausfällt oder nur vertreten wird.“

Meidinger verwies auf aktuelle Debatten in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Schleswig-Holstein und verlangte „glasklare Zahlen“ aus den Bildungsministerien. Es gebe weiterhin erhebliche Differenzen zwischen dem Eindruck von Elternvertretern und Verbänden sowie offiziellen Statistiken, „die möglichst gut aus-

sehen sollen“. Der Verbandschef geht aktuell davon aus, dass 6 bis 7 Prozent der Stunden an den Schulen faktisch nicht erteilt werden – dies stehe im krassen Gegensatz zu Angaben von 1,7 Prozent Unterrichtsausfall wie zuletzt in NRW. „Als Vertretung kann ja auch gelten, dass ein Lehrer in der Aula für 150 Schüler die Hausaufgaben beaufsichtigt“, sagte Meidinger.

## Niederlage im Abgeordnetenhaus



In vielen Städten Brasiliens, wie hier in São Paulo, feierten Gegner der Präsidentin Dilma Rousseff in der Nacht zu Montag das Abstimmungsergebnis im Abgeordnetenhaus, das sich für ein Absetzungsverfahren ausgesprochen hatte. Es gab allerdings auch Kundgebungen für die Staatschefin. Bild: dpa

## EU

## Libyen-Einsatz ausweiten

Luxemburg (dpa). Die EU bereitet sich auf militärische und zivile Einsätze im vom Bürgerkrieg zerrütteten Libyen vor. Die Außenminister der Mitgliedstaaten trafen sich gestern in Luxemburg, um die Planungen für ein deutlich stärkeres Engagement voranzutreiben.

Im Gespräch ist unter anderem eine Ausweitung des EU-Marineinsatzes vor der libyschen Küste.

Nach Vorstellung der Regierung in Paris könnten die EU-Kriegsschiffe künftig auch zur Kontrolle des gegen Libyen verhängten Waffenembargos eingesetzt werden. Damit soll die Lieferung von Kriegsgütern an die im Land aktive Terrormiliz Islamischer Staat (IS) verhindert werden. London will zudem die libysche Küstenwache für den besseren Kampf gegen Schleuserbanden schulen.

## Brasiliens Präsidentin droht Amtsenthebung

Brasília (dpa). Nach einer herben Niederlage im Abgeordnetenhaus droht Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff die Amtsenthebung. Bei der Abstimmung am Sonntagabend (Ortszeit) wurde die für ein Absetzungsverfahren nötige Zwei-Drittel-Mehrheit deutlich erreicht: 367 Abgeordnete votierten dafür, nur 137 dagegen.

Der Senat kann die Politikerin der linken Arbeiterpartei (PT) nun Ende April mit einfacher Mehrheit für 180 Tage suspendieren. Dieses Votum wird nicht als große Hürde angesehen. Danach würden die Anklagepunkte juristisch geprüft. Die Abstimmung sei im Präsidentenpalast mit „Empörung und Traurigkeit“ aufgenommen worden, sagte Generalanwalt José Eduardo Cardozo. Rousseff werde aber nicht den Mut verlieren. Das Portal „O Globo“ berichtete, die Regierung habe bereits eine juristische Offensive vorbereitet und wolle das Abstimmungsergebnis vor dem Obersten Gerichtshof anfechten.

Rousseffs persönlicher Kabinettschef Jaques Wagner meinte, mit dem Votum würden „30 Jahre Demokratie unterbrochen“. Das ist ein trauriges Kapitel.“ Rousseff sei 2014 von 54 Millionen Menschen gewählt worden und ihr könne keinerlei kriminelle Handlung nachgewiesen werden,

betonte Wagner nach Angaben von „O Globo“.

Bei den Vorwürfen gegen die Präsidentin geht es um Tricksereien beim Haushalt, etwa bei der Finanzierung der Familiensozialhilfe über öffentliche Banken. Zum anderen geht es um Kreditvergaben ohne grünes Licht des Kongresses.

Als am Sonntag die entscheidende 342. Ja-Stimme erreicht war, fielen sich Rousseffs Gegner im Parlament um den Hals. Jeder Abgeordnete erläuterte kurz sein Votum. Die emotionale Abstimmung dauerte bis zur entscheidenden Stimmabgabe des Abgeordneten Bruno Araújo fünf Stunden.

Vizepräsident Michel Temer (75) würde Rousseff während der Suspendierung ersetzen. Er ist Chef der Partei der demokratischen Bewegung (PMDB), die mit der Regierung gebrochen hat. Temer ist Vizepräsident geblieben, damit er Rousseff beerben kann. Wird Rousseff suspendiert, könnte sie auch nicht die Olympischen Spiele in Rio de Janeiro am 5. August eröffnen. Bis Oktober könnte der Senat sie mit Zwei-Drittel-Mehrheit endgültig des Amtes entheben. Bisher gab es solch ein Verfahren erst einmal. 1992 wurde Fernando Collor de Mello nach Korruptionsvorwürfen für 180 Tage suspendiert – und trat am Ende schließlich selbst zurück.

## Inland

## Beratungsstelle für Sportvereine

Düsseldorf (Inw). Die Spitze der NRW-Grünen fordert eine Beratungsstelle gegen Rechts-Extremismus, Alltagsrassismus und Diskriminierung im Sport. Der Sport werde von Extremisten als Plattform für Botschaften missbraucht, sagte Landesparteiheftin Mona Neubaur. Eine beim Landessportbund angesiedelte, mit Landesförderung finanzierte mobile Beratungsstelle könne die Vereine beraten und stärken. Am Wochenende diskutieren die NRW-Grünen bei einem Landesparteitag in Neuss über Innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit.

## Integrationsgesetz nachbessern

Dresden (dpa). Die Integrationsbeauftragten von Bund, Ländern und Kommunen wollen das geplante Integrationsgesetz nachbessern. Es gebe Fragen, die mit dem vorgelegten Papier noch nicht beantwortet sind, sagte Sachsens Integrationsministerin Petra Köppig (SPD) gestern. Als Beispiel nannte sie die Integrationskurse. Sie seien bisher auf Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, Iran und Eritrea begrenzt, müssten aber für alle Neuankommlinge mit Bleibeperspektive gelten.

## Kritik an Gabriel nach Lob für al-Sisi

Berlin (dpa). Mit einem Lob für den ägyptischen Staatschef Abdel Fattah al-Sisi hat sich Vizekanzler Sigmar Gabriel zuhause harte Kritik der Opposition eingehandelt. Bei einem Besuch in Kairo hatte der SPD-Vorsitzende den Mann aus dem Militär trotz massiver Kritik an undemokratischen Zuständen als „beeindruckenden Präsidenten“ bezeichnet. Grüne und Linke warfen der Bundesregierung daraufhin gestern vor, autoritären Herrscher zu hofieren.

## Personalie

Heinrich Bedford-Strohm (56), Chef der Evangelischen Kirche in Deutschland, wird am Donnerstag Papst Franziskus zu einer privaten Begegnung im Vatikan treffen. Mögliche Themen sind die Flüchtlingskrise und das Reformationsjubiläum 2017.

## Die Glocke

Verleger und Geschäftsführer:  
Fried Gehring und Dirk HolterdorfChefredakteur: Fried Gehring.  
Stellvertreter Chefredakteur: Dirk Baldus.

Chef vom Dienst: Frank Möllers.

Nachrichten aus Politik, Westfalen, Wirtschaft und Kultur: Sven Behler, Matthias Bornhorst, Thorsten Bothe, Nicolette Bredenhöller, Thorsten Dübbmann, Bernd Evers, Martin Gog, Alfred Mense, Ralf Ostermann, Knut Reimann, Karoline Springer, Andrea Wackerbeck

Berliner Korrespondenten: Andreas Herholz, Rasmus Buchsteiner.  
Sport: Jörg Staubach (Leitung), Norbert Diekmann (Stv. Leitung), Dietmar Lohmann.  
Motor: Jörg Staubach.  
„Glocke am Wochenende“ und Sonderthemen: Mirco Borgmann.Anzeigenleitung: Hans-Gregor Hippel.  
Vertriebsleitung: Michael Berger.Abonnementkündigungen sind nur zum Quartalsende nach Ablauf der vereinbarten Verpflichtungsdauer möglich und müssen dem Verlag einen Monat vorher schriftlich mitgeteilt werden. Unsere Zusteller nehmen keine Kündigungen entgegen.  
Monatlicher Bezugspreis per Botenzustellung 28,65 Euro, per Post oder Landzustellendienst 31,75 Euro, jeweils inklusive 7% Mehrwertsteuer.

„Die Glocke“ erscheint wöchentlich sechsmal. Im Falle höherer Gewalt wie bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot usw. besteht kein Anspruch auf Kürzung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für unverlangt eingesandene Texte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Rechte für die Nutzung von „Glocke“-Artikeln für elektronische Pressespiegel: PMG Presse-Monitor GmbH, Berlin, Tel. 030/28493-0.

Mitglied der ZGW Zeitungsgruppe Westfalen

Wöchentlich mit Prisma-Fernsehmagazin

Druck und Verlag:  
E. Holterdorf GmbH & Co KG, OeldeAnschrift für Redaktion und Verlag:  
Engelbert-Holterdorf-Straße 4/6 · 59302 Oelde  
Postfach 3240 · 59281 OeldeFennruf-Sammelnummer 02522/73-0  
Telefax Redaktion: 02522/73 166  
Telefax Anzeigenannahme: 02522/73 241  
Telefax Vertrieb: 02522/73 221E-Mail Redaktion: redaktion@die-glocke.de  
E-Mail Anzeigen: anzeigen@die-glocke.de  
E-Mail Vertrieb: vertrieb@die-glocke.de  
Internet: www.die-glocke.deSparkasse Münsterland Ost  
IBAN: DE 51 400 50150 00420 40493  
BIC: WELADED1MSTVolksbank eG, Warendorf  
IBAN: DE 55 412 62501 50011 31400  
BIC: GENODEM1AHL

Für die Herstellung der „Glocke“ wird Papier mit bis zu 100% Recycling-Anteil verwendet.